

War es das mit der IV. Republik in Polen?

Die Regierung Kaczyński bröckelt und kompromittiert die polnische Demokratie

Von Stephan Raabe

In der polnischen Regierung geht es derzeit politisch drunter und drüber. Seit dem 9. Juli, der Entlassung des Vizepremiers, Landwirtschaftsministers und Führers der sozialpopulistischen Bauernpartei „Selbstverteidigung“, Andrzej Lepper, wegen bis heute nicht belegter Korruptionsvorwürfe, schwelt wieder mal eine handfeste Regierungskrise. Zuletzt hatte man sich im September letzten Jahres aus Anlass eines Sexskandals in Kreisen der Selbstverteidigung politisch getrennt, um kurz darauf nach heftigem Streit doch wieder in einer Regierung zusammenzufinden.

An harten Worten gegeneinander fehlt es unter den Koalitionären „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), „Selbstverteidigung“ und „Liga der polnischen Familien“ auch jetzt nicht. Aber klare Entscheidungen werden nicht getroffen. Zu sehr hängen alle Beteiligten an den Fleischtöpfen, die ihnen Parlamentsmandate und politische Macht zugänglich machen. Zudem geht es darum, sich in dem undurchsichtigen Kampf strategisch möglichst gut zu positionieren. So beschloss die Selbstverteidigung zwar zum wiederholten Male, aus der Koalition auszutreten. Ihre beiden Minister für Arbeit und Bau beließ sie

jedoch in der Regierung. Auch der Führer der nationalpopulistischen Liga, Vizepremier Roman Giertych, stellte zwar den Koalitionsbruch durch Premier Kaczyński fest, sieht jedoch keine Veranlassung, daraus Konsequenzen zu ziehen. Schließlich nimmt die Urlaubszeit dem Geschehen die Dynamik. So drängend ist die Krise nun auch wieder nicht, dass die Entscheidung über Neuwahlen oder die Fortsetzung der Koalition nicht bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause Ende August warten könnte oder darüber hinaus.

Unterdessen vermittelt die überraschende Entlassung des Innenministers Janusz Kaczmarek, die vorgestern bekannt gegeben wurde, einen weiteren Eindruck von dem Chaos, dass in der Regierung Kaczyński herrscht. Kaczmarek war erst seit Februar des Jahres im Amt als Nachfolger des so genannten dritten Zwilling, Ludwig Dorn, der wegen Diskrepanzen mit dem Premier das Handtuch geworfen hatte. Kaczmarek wird verdächtigt, Lepper vor den gegen ihn laufenden geheimen Ermittlungen gewarnt zu haben. Er wird durch den parteilosen Władysław Stasiak ersetzt, der bisher das Büro für Nationale Sicherheit geleitet hat. Bleibt zu erwähnen, dass die innenpolitischen Turbulenzen nicht davon abhalten, die Frage der nach dem Kriege in Polen verblie-

benen deutschen Kulturgüter sozusagen als weitere Sau durchs Dorf der veröffentlichten Meinung zu treiben. Hier handele es sich um polnisches Eigentum. Die deutschen Forderungen auf Rückführung widersprächen der „Logik der Versöhnung“, sagt die polnische Außenministerin Fotyga, aber dies ist ein anderes Thema.

Destruktive Politikstrategie

Nicht einmal zwei Wochen hatte es nach den harten Kämpfen um die polnischen Interessen beim EU-Gipfel in Brüssel Ende Juni gedauert, bis Premier Kaczyński erneut den Streit suchte: diesmal mit seinen innenpolitischen Partnern, deren politischer Leumund alles andere als gut ist. Welchen Plan der gewiefte Strategie Jarosław Kaczyński, der Politik anscheinend als ständigen Kampf versteht, dabei verfolgt, welche Ränke in dem undurchsichtigen Geflecht der die Regierung tragenden Personen und Gruppen eine Rolle spielen, ist unklar. Wollte er einmal mehr seine Partner domestizieren und weich klopfen, um sie am Ende parteipolitisch absorbieren zu können? Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. In Reaktion auf die politisch lebensbedrohende Drohung mit Neuwahlen, die den Verlust des parlamentarischen Status bringen könnten, schlossen sich die programmatisch ganz unterschiedlichen Populisten von Liga und Selbstverteidigung im Juli zu einer gemeinsamen Wahlformation „LiS“ zusammen. Sah sich Kaczyński tatsächlich gezwungen, gegen Lepper vorzugehen? Schlüssig belegen konnte er dies nicht. Klar ist, dass politischen Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren und zu gewährleisten nicht die Sache des älteren der beiden Kaczyński Zwillinge ist. Klar ist auch, dass die nationalkonservativ soziale Blockbildung, die die Kaczyńskis nach den Wahlen 2005 betrieben, das Land in eine stabile Instabilität geführt hat. Eine innenpolitische Krise löst die andere ab. Minister kommen und gehen. Schon in den letzten Monaten hatte die Koalitionsregie-

rung durch Abgänge von Abgeordneten keine Mehrheit mehr im Parlament. Die Brücken zur größten Oppositionspartei, der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO), die im Wahlkampf vor zwei Jahren noch als natürlicher Koalitionspartner galt, sind schwer beschädigt, wenn nicht abgebrochen. Für Außenstehende mag es in dieser Situation vielleicht gar nicht uninteressant sein zu beobachten, wie weit der Premier mit seinem an den deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt anschließenden Politikstil kommt. In Polen verstärken sich dagegen selbst bei konservativen Beobachtern die Zweifel, ob die auf andauernde Grabenkämpfe, auf Misstrauen und Verdächtigungen setzende destruktive Strategie des Premiers für eine konstruktive Politik, die auf Mehrheiten angewiesen ist, tatsächlich taugt. Als ob er selber für die Regierungskrise keinerlei Verantwortung trage, wird der Premier mit der Einsicht zitiert, dass ein Andauern der jetzigen Situation die polnische Demokratie und den Parlamentarismus kompromittiere. Dem kann man schwerlich widersprechen. Doch welche Schlüsse wird er daraus ziehen? Wird er sein politisches Projekt, die Schaffung einer solidarischen, mit den postkommunistischen Hinterlassenschaften aufräumenden IV. Republik durch Neuwahlen aufs Spiel setzen? Welche politischen Szenarien zeichnen sich ab?

Politische Szenarien

Zunächst besteht die Möglichkeit der Fortführung der bestehenden Koalition, beziehungsweise einer von dieser Seite unterstützten Minderheitsregierung. Mit letzterem wäre Kaczyński wieder dort angekommen, wo er nach den Wahlen 2005 angefangen hatte. Für diese Entwicklung spräche die Janusköpfigkeit des Premiers: sein strategischer Pragmatismus, der in einem auffallenden Kontrast zu seiner maßlosen Polemik steht und ihn immer wieder unorthodoxe Wege einschlagen lässt, um seine Ziele weiter verfolgen zu können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

Sodann kämen vorgezogene Neuwahlen in Frage, die ohne größere Schwierigkeiten zu bewerkstelligen wären, da die Stimmen aus dem Oppositionslager eine zweidrittel Mehrheit zur Auflösung des Parlaments sicherten. Nach einem Gespräch zwischen Premier Kaczyński und Oppositionsführer Tusk am gestrigen Tage, sprachen sich beide für Neuwahlen aus. Nach den Langzeitrends der Umfragen würde wahrscheinlich und unter Vorbehalt des Wahlkampfes die oppositionelle Bürgerplattform als Sieger aus den Wahlen hervorgehen, bräuchte aber einen oder mehrere Koalitionspartner. Da es wenig wahrscheinlich ist, dass Jarosław Kaczyński die PiS als Juniorpartner in eine von der PO geführte Regierung einbringt, auch auf Seiten der PO nach den Friktionen der letzten zwei Jahre eine Neigung zu einer Koalition mit der von Jarosław Kaczyński geführten PiS kaum vorhanden ist und die PO sich zudem dann in einer Zange zwischen dem Koalitionspartner Kaczyński und dem Präsidenten Kaczyński begeben würde, wird sie nolens volens auf ein Bündnis mit den Postkommunisten angewiesen sein. Ein Faktor, der den Kaczyńskis trotz des drohenden Regierungsverlustes Neuwahlen zusätzlich schmackhaft machen könnte, ist die Parteienfinanzierung. Der PiS droht nach einem Spruch der zentralen staatlichen Wahlkommission ein Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung für die kommenden drei Jahre wegen der Annahme von ausländischen Geldern. Neuwahlen würden frisches Geld in die Kassen der Partei bringen.

Schließlich könnte es unter bestimmten Umständen vielleicht doch noch zu einer Koalition von PO und PiS kommen, wenn etwa die Kaczyńskis der PO in einem größeren Maße glaubhaft entgegenkämen oder aber die PiS erneut als stärkste Partei aus den Wahlen hervorginge, wonach es derzeit nicht aussieht, und andere Koalitionsmöglichkeiten nicht die notwendigen Mehrheiten brächten. In diesem Falle bekäme Polen eine potentiell starke Mitte Rechts-

Koalition, die alle Voraussetzungen mitbrächte, das Land in seinem Transformationsprozess voranzubringen.